

Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke. (Teil II)

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1999). *Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke. (Teil II)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 59/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48335>

Nutzungsbedingungen:

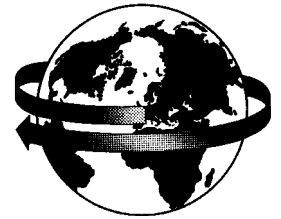
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland
1999/9*

Nr. 59/1999

2. Dezember 1999

Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke (Teil II)

Zusammenfassung

Zur Wahl der Staatsduma ließ die Zentrale Wahlkommission insgesamt 28 Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wählervereinigungen zu, die sich durch Sammeln von 200.000 Unterschriften oder Hinterlegen einer Wahlsicherheitssumme registrieren lassen konnten. Die zur Wahl zugelassenen Parteien werden in zwei Analysen vorgestellt. Gegenüber den vorhergehenden Staatsdumawahlen fällt auf, daß diesmal keine eigentliche "Partei der Macht" kandidiert. Zudem tritt die KPRF de facto mit drei Listen zur Staatsdumawahl an. Diese Zersplitterung der Kommunisten ist auch Ausdruck der Tatsache, daß es bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr um die Frontstellung Demokraten gegen Kommunisten, sondern föderale Nomenklatur Jelzins gegen Moskauer Nomenklatur Lushkows geht. Wie in den vergangenen Jahren, sind auch bei dieser Wahl die Demokraten zersplittert, was dazu führen wird, daß sie – mit Ausnahme von Jabloko – schlecht abschneiden werden. Andererseits gilt dies auch für die Nationalisten.

Kurzbeschreibung der zugelassenen Parteien (Fortsetzung)

"Geistiges Erbe"

Diese Bewegung wurde 1995 von Aleksej Podberjoskin, KPRF-Chef Gennadij Sjuganow und vom Staatsdumavorsitzenden Gennadij Selesnjow gegründet. Im politischen Spektrum Rußlands steht sie zwar links wie die KPRF, vertritt aber stärker als diese nationalistische Positionen, wenn auch in gemäßigter Form. Podberjoskin (Jg. 1953, bis 1990 leitender Wissenschaftler am Moskauer "Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" der Russischen Akademie der Wissenschaften) ist Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für internationale Beziehungen und Vorsitzender der Bewegung. 1995 kandidierte die Bewegung auf der Liste der KPRF; dieses Jahr macht sie eine eigene Liste auf. Deswegen wurde Podberjoskin im August 1999 aus der KPRF-Fraktion ausgeschlossen. Weitere Spitzenkandidaten sind Petr Proskurin (Jg. 1928, Hochschulbildung, Ko-Vorsitzender des russischen Schriftstellerverbands) und Walerij Worotnikow

¹ Hauptquellen: Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Hrsg.), Obščerossijskie izbiratel'nye ob-edinenija nakanune vyborov deputatov Gosudarstvennoj Dudy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii tret'ego sozyva. Spravočnik. Moskau 1999. Informacionno-kspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.) Vybory – 99 Čast' 3. Izbiratel'nyj mehanizm, itogi prežnich vyborov po regionam, izbiratel'nye ob-edinenija, izbiratel'nye komissii. Moskau 1999. Datenbank "Labirint" der Informations-Expertengruppe "Panorama".

(Jg. 1945, Hochschulbildung, bis 1991 leitend im KGB tätig, Vorsitzender des Unterkomitees für wirtschaftliche Sicherheit des Staatsdumakomitees für Sicherheit).

"Kongreß russischer Gemeinden und Liste Jurij Boldyrews"

Zu dieser Liste schlossen sich die 1993 gegründete Bewegung "Kongreß russischer Gemeinden" (KRG) und die Bewegung Jurij Boldyrew (Jg. 1960) zusammen. 1995 stellte KRG als Spitzenkandidaten den Präsidenten der Föderation der Warenproduzenten Rußlands, Jurij Skokow, der von 1992 bis 1993 Sekretär des Sicherheitsrats war, und Alexander Lebed auf. Die Bewegung errang 4,31% - sie wäre beinahe in die Staatsduma eingezogen - und fünf Direktmandate. Boldyrew – Mitbegründer von "Jabloko", der sich aber bald vom Jabloko-Vorsitzenden Grigorij Jawlinskij getrennt hat – ist Stellvertretender Vorsitzender des russischen Rechnungshofs und Spitzenkandidat der gemeinsamen Liste. Weitere Kandidaten sind der KRG-Vorsitzende Dmitrij Rogosin (Jg. 1963, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Nationalitätenangelegenheiten) und Viktor Gluchin (Jg. 1946, Hochschulbildung, Vorsitzender des Internationalen Kongresses der Industriellen und Unternehmer).

"Partei des Friedens und der Einheit"

Diese Partei wurde zwei Tage vor Registrierungsfristende für die Staatsdumawahl vom 19. Dezember 1998 beim russischen Justizministerium registriert. Vorsitzende ist die links-radikale Sashi Umalatowa (Jg. 1953, Hochschulbildung). 1993 verteidigte sie den damaligen Sitz des Volksdeputiertenkongresses, das Weiße Haus, gegen Jelzin. Der KPRF warf sie vor, mit Jelzin zusammenzuarbeiten. Weitere Spitzenkandidaten sind der St. Petersburger Schauspieler Viktor Stepanow (Jg. 1947, Hochschulbildung) und der Rentner Nikolaj Antoschkin (Jg. 1942, Hochschulbildung).

"Rußländische Partei zum Schutz der Frauen"

Neben der Bewegung "Frauen Rußlands" tritt eine zweite Frauen-Liste an, die zur Zersplitterung der Stimmen derjenigen führen dürfte, die eine Frauen-Liste wählen wollen. Die Frauenpartei wurde im September 1998 registriert. Als Spitzenkandidatinnen treten die Parteivorsitzende Tatjana Roschina (Jg. 1954, Hochschulbildung, Leiterin der staatlichen Einrichtung "Kontroll-Revisions-Verwaltung des Komplexes Perspektiventwicklung der Stadt"), Shanna Machowa (Jg. 1958, Hochschulbildung, Direktorin der Firma "Atlas Ltd.") und Irina Kremenez (Jg. 1950, Hochschulbildung, Vizepräsidentin von "Glawmostroj") an. Aus den Biographien der Spitzenkandidatinnen kann möglicherweise geschlossen werden, daß diese Frauenpartei stärker als die "Frauen Rußlands" marktwirtschaftlich orientiert ist.

"Medwed"

"Medwed" ist der Listenname von "Einheit". Unter diesem Namen bildete sich Ende September 1999 ein neuer Block von 31 Gouverneuren, der vom Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen, Sergej Schojgu (Jg. 1955), geleitet wird.² Diese Bewegung wurde von der Administration des Präsidenten initiiert und sollte sich mit Tschernomyrdins "Unser Haus – Rußland" verbünden. Aber aufgrund programmatischer Differenzen kam das angestrebte Bündnis nicht zustande. Als Spitzenkandidaten wurden Schojgu, der Olympiasieger im Ringen, Alexander Karelin (Jg. 1967, Hochschulbildung, Spezialist im Föderalen Dienst der Steuerpolizei Rußlands), und Alexander Gurow (Jg. 1945, Hochschulbildung, Leiter des "Gesamtrussischen Wissenschaftlichen Forschungsinstituts" des russischen Innenministeriums) aufgestellt.

"Sozialdemokraten"

Die Bewegung "Sozialdemokraten", die am 18. Dezember 1998 registriert wurde, wird von dem bereits erwähnten Jurij Boldyrew geführt, wobei der ehemalige Moskauer Oberbürgermeister Gawriil

² Zu Schojgu vgl. Bernd Knabe, Katastrophenminister Schojgu als Rettungsanker des Jelzin-Regimes? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 39/1999.

Popow Vorsitzender ist. Diese Bewegung, die sozialdemokratische Werte vertritt, war bisher nicht in der Lage, wenigstens drei Spitzenkandidaten zu benennen, was ihre Wahlchancen nicht gerade vergrößern wird.

"Zur Unterstützung der Armee"

Die "Bewegung zur Unterstützung der Armee, der Verteidigungsindustrie und der Kriegswissenschaft", wie sie im vollen Titel heißt, wird von radikalen nationalistischen Kommunisten geführt, die auch die Spitzenkandidaten sind: Viktor Iljuchin (Jg. 1949), Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Sicherheit und Vorsitzender der Bewegung, Generaloberst a.D. Albert Makaschow (Jg. 1938), Putschist vom Oktober 1993 und Mitglied des Staatsdumakomitees für Verteidigung sowie Erster Stellvertretender Vorsitzender der Bewegung, und Jurij Saweljew (Jg. 1937), Rektor der Baltischen Staatlichen Technischen Universität. Makaschow wurde im vergangenen Jahr unrühmlich durch seine antisemitischen Äußerungen bekannt, mit denen er wohl auf das antisemitische Wählerpotential in Rußland zielte, das etwa 5% umfaßt. Der KPRF-Chef distanzierte sich von den antisemitischen Ausfällen Makaschows erst spät und nur halbherzig. Bis heute gehören Iljuchin und Makaschow der KPRF-Fraktion an. Im September vereinbarte sogar Sjuganow mit Iljuchin, daß die KPRF und die Bewegung im Vorfeld der Staatsdumawahl in den Regionen eng zusammenarbeiten: Das erstreckt sich bis zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten.

"Block Shirinowskijs"

Die Liste der "Liberal-demokratischen Partei Rußland" (LDPR) Wladimir Shirinowskijs wurde zur Staatsdumawahl nicht zugelassen, weil der zweite Spitzenkandidat, Anatolij Bykow, Direktor des Krasnojarsker Aluminiumwerks und Kontrahent Lebeds mit Mafiaverbindungen, unvollständige Angaben zu seinen Einkommensverhältnissen gemacht hatte. Shirinowskijs stellte daraufhin schnell eine neue Liste mit dem Namen "Block Shirinowskijs" auf, die er anführt und die von der Zentralen Wahlkommission registriert wurde. Weitere Spitzenkandidaten nach Shirinowskijs (Jg. 1946) sind Oleg Finko (Jg. 1941), Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Informationspolitik, und Jegor Solomatin (Jg. 1964), Mitglied des Staatsdumakomitees für Geopolitik. Die Registrierung dieser kurzfristig neu vorgelegten Liste wurde möglich, weil sich zu ihr zwei Organisationen zusammengeschlossen hatten, die bereits vor dem 19. Dezember 1998 registriert worden waren: die Jugendorganisation der LDPR und die "Partei der geistigen Wiedergeburt Rußlands", die von Shirinowskijs Frau geleitet wird.

"Für Bürgerwürde"

Diese Bewegung wurde im Herbst 1998 gegründet und steht unter der Leitung von Ella Pamfilowa (Jg. 1953, Hochschulbildung), Mitglied des Staatsdumakomitees für Sicherheit. Von 1992 bis 1994 war sie Ministerin für Sozialschutz der Bevölkerung. 1994 wurde sie – neben Jegor Gajdar – Ko-Vorsitzende der demokratischen Bewegung "Wahl Rußlands". Weitere Spitzenkandidaten sind: Alexander Dandukow (Jg. 1954, Hochschulbildung, Vorsitzender des Rats der Direktoren der Firma "OKB namens A.S. Jakowlewa") und Anatolij Schkirko (Jg. 1947, Hochschulbildung, Vorsitzender der "Gesamtrussischen Union der Invaliden der Inneren Truppen, der Streitkräfte, der Grenztruppen, der Sicherheitstruppen, des Sports und der Rechtsschutzorgane").

"Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache"

Über diese Liste konnten nur die Namen der drei Spitzenkandidaten in Erfahrung gebracht werden, aus denen politische Inhalte nicht erschlossen werden können: Oleg Iwanow (Jg. 1970, nicht abgeschlossene Hochschulbildung, Spezialist der Administration der Gebietskörperschaft "Stadt Gatschin"), Jurij Petrow (Jg. 1961, Hochschulbildung, arbeitslos) und Michail Sidorow (Jg. 1946, Hochschulbildung, Verwaltungsleiter).

"Gesamtrussische politische Partei des Volkes"

Die 1997 gegründete Partei tritt für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaats in Rußland ein. Die Wirtschaft soll sozial orientiert sein. Spitzenkandidaten sind der Parteivorsitzende

Ansori Aksentjew-Kikalischwili (Jg. 1948, Hochschulbildung), die Arbeitslose Tatjana Bure (Jg. 1948, Hochschulbildung) und der Komponist Wladimir Schajnschik (Jg. 1925, Hochschulbildung).

"Union rechter Kräfte"

Zu dieser Union schlossen sich im August 1999 die Bewegungen des ehemaligen Premiers Sergej Kirijenko ("Neue Kraft"), des ehemaligen Stellvertretenden Regierungschefs Boris Nemzow ("Junges Rußland"), der ehemaligen Vorsitzenden des Staatskomitees für die Förderung der Entwicklung des Kleinunternehmertums, Irina Chakamada ("Gemeinsame Sache"), und des Reformpremiers von 1992 Jegor Gajdar ("Demokratische Wahl Rußlands") zusammen. Leiter des Wahlkampfstabs der Koalition ist der ehemalige Stellvertretende Regierungschef und jetzige Vorstandsvorsitzende des großen Stromversorgungskonzerns "JeES Rossii", Anatolij Tschubajts. Die "Union rechter Kräfte" möchte in Rußland eine bürgerliche Gesellschaft sowie die soziale Marktwirtschaft aufbauen. Sie beabsichtigt, Industrie und Landwirtschaft wiederzubeleben, Kriminalität, Korruption und Faschismus zu bekämpfen, die Menschenrechte und die demokratischen Institutionen zu schützen sowie die Freiheit des Wortes zu erhalten.

Nemzow betonte auf einer Pressekonferenz Ende August, es sei notwendig, die russische Regierung zu stärken und die verfassungsmäßige Macht des Präsidenten einzuschränken. Das bezieht sich vor allem auf das Recht, die Regierung zu entlassen. Ferner solle die Immunität der Abgeordneten und der Gouverneure aufgehoben werden, weil dadurch Kriminelle an die Macht kämen. "Uns paßt das nomenklatorische und administrative kapitalistische System", so weiter Nemzow, "das im Lande errichtet worden ist, nicht. Wir treten für eine konkrete Marktwirtschaft europäischen Typs ein." Kirijenko erklärte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht nur mit politischen, sondern auch mit nichtpolitischen, ökologischen und gesellschaftlichen Organisationen. Das Ziel ist die Formierung einer offenen Bürgergesellschaft, in der die Gesellschaft und die Menschen die Möglichkeit haben, die Machtorgane zu kontrollieren und Einfluß auf sie auszuüben. Spitzenkandidaten sind Kirijenko (Jg. 1962), Nemzow (Jg. 1959) und Chakamada (Jg. 1955).

"Ökologische Partei Rußlands ‚Zeder‘"

Die Partei wurde 1994 auf der Grundlage der Bewegung "Zeder" gegründet und fordert die Schaffung von politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden für die geistige und kulturelle Entwicklung des Menschen, für die Verwirklichung der fundamentalen Menschenrechte, für eine gesunde Natur und soziale Umwelt. Spitzenkandidaten sind der Parteivorsitzende Anatolij Panfilow (Jg. 1951, Hochschulbildung), der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Partei, Wladimir Petrow (Jg. 1967, Hochschulbildung) und der Journalist Iwan Ochlobystin (Jg. 1966, nicht abgeschlossene Hochschulbildung).

"Unser Haus – Rußland"

1995 gründete der damalige Premier Viktor Tschernomyrdin den rechtszentristischen Wahlblock "Unser Haus – Rußland" (UHR). Die Rolle, die Gajdars "Wahl Rußlands" als "Partei der Macht" 1993 spielte, übernahm 1995 UHR. Vorsitzender von UHR ist Viktor Tschernomyrdin, der bis Ende März 1998 zugleich Regierungschef war.

In seiner Wahlplattform verspricht UHR, das Verantwortungsbewußtsein des Staates bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen den Bürgern und den Organisationen gegenüber zu stärken, ein neues und umfassendes Steuerrecht einzuführen, das Zahlungssystem zu ändern (weg von Bartergeschäften), Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Eigentümer und Investoren zu ergreifen, für die Annahme und Umsetzung eines Bodengesetzbuchs zu sorgen, die Sozialgesetzgebung gründlich zu überprüfen, das Vertrauen der Bürger und der Unternehmer in die Banken wiederherzustellen, das Problem der Auslandsschulden durch Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern über die Abschreibung von 70% der UdSSR-Schulden und Streckung der Tilgung der restlichen 30% auf 50 Jahre zu lösen versuchen, einen entschiedenen Kampf gegen Verbrechen und Korruption zu führen, die Rechtsschutzorgane zu stärken und dem Rechtssystem neues

Gewicht zu geben, eine grundlegende Reform der Macht durchzuführen durch Neudefinition der Rolle des Präsidenten (Nichteinmischung in die Regierungsarbeit, Stärkung der Regierung und der Verantwortlichkeit des Parlaments) sowie die Föderation zu festigen in dem Sinne, daß Moskau das Recht erhält, sich in den Regionen einzumischen, wenn diese föderale Gesetze verletzen.³ Bei der Staatsdumawahl 1995 erreichte UHR – trotz enormer Wahlkampf Bemühungen – nur 10,1% (45 Abgeordnete). Hinzu kamen weitere zehn direkt gewählte Abgeordnete. Mit insgesamt 55 Abgeordneten oder 12,2% bildet UHR die zweitgrößte Fraktion in der Staatsduma nach der KPRF und knapp vor der LDPR. UHR stellt in der Staatsduma den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden und vier Komiteevorsitzende: (Eigentum, Privatisierung und wirtschaftliche Tätigkeit; Verteidigung; Nationalitätenangelegenheiten; Fragen der örtlichen Selbstverwaltung). Als Spitzenkandidaten stellt UHR auf: den UHR-Vorsitzenden, Expremier und Vorsitzenden des Rats der Direktoren von GASPROM, Viktor Tschernomyrdin (Jg. 1938), den Vorsitzenden der UHR-Fraktion in der Staatsduma, Wladimir Ryshkow (Jg. 1966), und den Gouverneur des Gebiets Saratow, Dmitrij Ajazkow (Jg. 1950).

"Sozialistische Partei Rußlands"

1994 versuchte der Kreml, nach amerikanischem Vorbild ein Zweiparteiensystem in Rußland einzuführen. Das gelang nicht. Es formierte sich nur die "Partei der Macht" UHR. Eine linke Partei, die nicht entstanden war, sollte vom damaligen Vorsitzenden der Staatsduma, Iwan Rybkin, geführt werden. Bei der Staatsdumawahl 1995 trat er mit dem "Wahlblock Iwan Rybkin" an, der aber nur 1,11% der Stimmen erhielt. Die im Juni 1998 registrierte Partei, deren Vorsitzender Rybkin (Jg. 1946) ist, ist der zweite politische Anlauf des ehemaligen Staatsdumavorsitzenden. Rybkin ist zur Zeit Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten bei den Mitgliedstaaten der GUS. Weitere Spitzenkandidaten sind Leonid Majorow (Jg. 1941, Hochschulbildung, Stellvertretender Bürgermeister von Georgijewsk im Kraj Stawropol) und Andrej Belischko (Jg. 1954, Hochschulbildung, Stellvertretender Generaldirektor der Industriebaufirma "Jushuralstroj"). Die Partei möchte in Rußland einen sozialorientierten Rechtsstaat aufbauen, der die Rechte und Freiheiten der Bürger garantiert, materiellen Wohlstand und Möglichkeiten zur Entwicklung der Persönlichkeit in einer angenehmen Umwelt sowie in Frieden und Einvernehmen mit anderen Völkern schafft.

"Partei der Rentner"

Diese Partei, die im Mai vergangenen Jahres registriert wurde, will sich besonders um die Anliegen der Rentner kümmern. Als Spitzenkandidaten wurden die Rentner Jakow Rjabow (Jg. 1928, Hochschulbildung) und Anatolij Kontaschow (Jg. 1952, Hochschulbildung, Vorsitzender der Parteiorganisation von St. Petersburg) sowie die Rentnerin Rimma Markowa (Jg. 1925, Hochschulbildung) nominiert.

"Russische sozialistische Partei"

Diese Partei, die am 7. Dezember 1998 registriert wurde, hatte der exzentrische Unternehmer Wladimir Brynzalow (Jg. 1946, Hochschulbildung) 1996 gegründet, nachdem er zuerst der "Sozialdemokratischen Partei Rußlands" beigetreten war, es dort aber nicht schaffte, zum Parteiführer aufzusteigen. 1995 errang er – vom "Wahlblock Iwan Rybkin" aufgestellt – ein Direktmandat in der Staatsduma, trat erst der kommunistennahen Gruppe "Volksmacht" bei und wechselte dann zur UHR-Fraktion. 1996 kandidierte er für das Amt des Präsidenten und erhielt 0,16% der Stimmen. Der Parteivorsitzende Brynzalow strebt eine Art russischen Sozialismus und Wohlstand für alle an. Er hat offensichtlich die Spitzenkandidaten aus den Mitgliedern seiner Verwandtschaft ausgesucht, denn außer ihm kandidieren Igor Brynzalow (Jg. 1971, Hochschulbildung, Abgeordneter der Duma des Gebiets Moskau) und Jurij Brynzalow (Jg. 1949, Mittelschulbildung, Generaldirektor der Firma "Brynzalow-A").

³ Vera – sila – svoboda. Programma Dviženija "Naš dom – Rossija". Moskau, 24.4.1999, S. 12-16.

"Rußländische Konservative Partei der Unternehmer"

Diese Partei, die am 19. Dezember 1998 registriert wurde und von Michail Toporkow geführt wird, setzt sich besonders für die kleinen und mittleren Unternehmer ein. Sie fordert die Verabschiedung eines Gesetzes über die Privatisierung von Grund und Boden ohne jegliche Abstriche und den Aufbau moderner marktwirtschaftlicher Strukturen. Die Namen der Spitzenkandidaten sind nicht bekannt.

Beurteilung

Während zur Wahl der ersten Staatsduma am 12. Dezember 1993 nur 13 Parteien, Bewegungen und Blöcke angetreten waren, waren es bei der zweiten Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995 bereits 43⁴. Die Reduzierung auf 28 bedeutet eine Abnahme um ein Drittel, was ein kleiner Schritt in Richtung Entwicklung eines vernünftigen Parteiensystems sein könnte. Wie in den beiden vorausgegangenen Wahlen stammen nur wenige Listen von wirklichen Parteien. Die meisten Bewerber sind Bewegungen, Wählervereinigungen und Wahlblöcke. Das ist ein Spezifikum des russischen politischen Systems.⁵

Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Wahlen kandidiert diesmal keine eigentliche "Partei der Macht". Viel zu spät versuchte die Administration des Präsidenten, mit "Einheit", die unter dem Namen "Medwed" bei der Wahl firmiert, eine solche Partei zu gründen. Ende November erklärte Wladimir Putin, daß er als Premier parteipolitisch neutral sei, aber als Staatsbürger "Medwed" wählen würde.⁶

Die KPRF tritt dieses Mal de facto in drei Listen an: in der offiziellen KPRF-Liste, in der Liste "Zur Unterstützung der Armee" radikaler Linksnationalisten und in der Liste "Geistiges Erbe" gemäßiger Nationalisten. Diese Zersplitterung der Kommunisten ist auch Ausdruck der Tatsache, daß es bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr um die Frontstellung Demokraten gegen Kommunisten geht. Sie wurde durch die Frontstellung der föderalen Nomenklatur Jelzin gegen die Moskauer Nomenklatur Lushkows überlagert. Wie in den vergangenen Jahren, sind die Demokraten auch bei dieser Wahl zersplittert, was dazu führen wird, daß sie – mit Ausnahme von Jabloko – schlecht abschneiden werden. Eine gewisse Genugtuung besteht darin, daß dies auch für die Nationalisten gilt.

Die Staatsdumawahl bildet die Vorstufe zur politisch wichtigeren Präsidentenwahl im Juni 2000, doch mit dem Unterschied, daß Jelzin nicht mehr kandidieren kann wie 1996. Die Präsidentenwahl im Jahr 2000 bedeutet eine entscheidende politische Weichenstellung, denn es wird ein Präsident gewählt werden, der prinzipiell zwei Amtszeiten zur Verfügung haben und somit politische Entwicklungen einleiten kann, die für acht Jahre gelten. Die Staatsdumawahl ist insofern ein Probelauf für die Präsidentenwahl, als die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten über eine eigene Partei verfügen oder sich eine politische Bewegung geschaffen haben, die für sie die Wahlkampagne landesweit organisiert. Wenn auch das Abschneiden einer politischen Partei/Bewegung bei der Staatsdumawahl prozentual nicht identisch ist mit dem Wahlergebnis für deren Vorsitzenden bei der Präsidentenwahl, so stellt es doch einen gewissen Indikator für die Wahlchancen des Präsidentschaftskandidaten dar.

Eberhard Schneider

⁴ Vgl. dazu: Eberhard Schneider, Die russische Staatsdumawahl 1995. Berichte des BIOst, Nr. 20-1996.

⁵ Zum Parteiensystem vgl.: Eberhard Schneider/Heinrich Vogel, Strukturschwächen der russischen Innenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 42/1999 vom 15.10.1999, S. 3-13, bes. S. 6 f.

⁶ ITAR-TASS 24.11.1999. RFE/RL, Part I, 24.11.1999.